

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Der Gesamt-Verband zur Notverordnung

Der Vorstand des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs hat in seiner Sitzung am 9. Juni zur Notverordnung wie folgt Stellung genommen:

Obgleich die Öffentlichkeit über manche Einzelheiten der neuen Notverordnung schon informiert war, werden doch durch ihre Veröffentlichung alle Befürchtungen weit übertroffen. Der gesamten Arbeitnehmerschaft sollen enorme Lasten auferlegt werden. Darüber hinaus wird aber die Arbeitnehmerschaft der öffentlichen Betriebe besonders hart betroffen. Es kommen dabei nahezu zwei Drittel der 700 000 Mitglieder des Gesamt-Verbandes in Betracht. Die §§ 6, 7, 8 bedeuten einen unerhörten

Eingriff in das Tarifrecht der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe,

wie er in der Geschichte des Arbeitsrechts noch nicht dagewesen ist. Trotz der in den letzten Wochen erst durchgeführten Lohnsenkung, die ohnehin auch heute noch beunruhigend auf die weitesten Kreise der Arbeitnehmerschaft wirkt, ist der neue frontale Angriff sowohl gegen die tariflich festgelegten Löhne als auch gegen die sozialen Errungenschaften in der neuen Notverordnung erfolgt. Es wird im § 6 eine weitere Senkung der Löhne zwangsläufig vorgesehen für die Reichs- und Staatsarbeiter einschließlich der Reichspost. Dazu ist schon ein Fortfall des Frauenzuschlags bei dem letzten Gehalts- und Lohnabbau sowohl der Beamten als auch der Reichs- und Staatsarbeiter herbeigeführt. Es ist jetzt ein noch schärferer Angriff auf die sozialen Rechte dieser Gruppen durch Verkürzung des Kinderzuschlags für die Beamten sowie den gänzlichen Fortfall des ersten Kinderzuschlags bei den Lohnempfängern erfolgt. Der § 7 verpflichtet die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, für die Beamten und Angestellten neben der bereits im § 1 vorgesehenen Kürzung die Dienstbezüge so weit zu kürzen, als sie die der Reichsbeamten übersteigen.

Im gleichen § 7 werden im Absatz 4 Länder und Gemeinden verpflichtet, mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 die Löhne der unter Tarifvertrag beschäftigten Angestellten und Arbeiter zu senken, soweit sie die Löhne der Reichsarbeiter übersteigen. Reichsbank und Reichsbahn sind ermächtigt, nach gleichen Grundsätzen zu verfahren. Unbegreiflich ist auch, wie man im § 12 dazu übergehen kann, die Vorschriften der Notverordnung gleich bis zum 31. Januar 1934 auszudehnen.

Zu diesem ungeheuerlichen Attentat auf die Rechte der Arbeitnehmer kommt nun noch die Ermächtigung, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bis zu 40 Stunden zu senken, so daß damit eine weitere erhebliche Schmälerung des Einkommens verbunden ist. Wenn wir diese Paragraphen auf den einzelnen Fall anwenden, so entsteht folgendes Bild: Ein Reichsarbeiter in Berlin (Lohngruppe 1) hatte bisher bei der 48-Stunden-Woche einen Lohn von 40,80 Mk., er würde nach Herabsetzung der Arbeitszeit und nach erfolgter Kürzung der Löhne bei 40 Stunden pro Woche einen Lohn von 33,20 Mk. beziehen! Außerdem kommt eventuell noch der Verlust der Kinderzulage für das erste Kind hinzu.

Wir haben festgestellt, daß der Gesamtlohnverlust pro Woche über 10 Mk. beträgt-

Will man damit die deutsche Wirtschaft ankurbeln?

Bei den Gemeindearbeitern wird sich jedenfalls dieser Lohnabbau ganz besonders katastrophal gestalten, weil das Lohnniveau der Reichs- und Staatsarbeiter sehr tief steht. Alle diese Maßnahmen aber stehen in Wechselwirkung mit der Gehaltskürzung der Beamten. Bekanntlich war bereits eine erhebliche Kürzung am 1. Februar 1931 vorgenommen, bei der besonders die unteren und mittleren Beamenschichten am schwersten betroffen wurden. Nun soll erneut am 1. Juli 1931 ein „gestaffelter“ Abzug durchgeführt werden, der zum Beispiel bei einem Gehalt von 220 Mk. unter Berücksichtigung der verminderten Kinderzulage 8,2 Proz., bei einem Gehalt von 1000 Mk. aber nur 6,2 Proz. beträgt. Es bedarf keines Kommentars, um die Ungerechtigkeit dieser Maßnahmen zu dokumentieren. Die Gehaltskürzung wird nach § 2 Abs. 3 von dem Bruttogehalt vor der ersten Gehaltskürzung vorgenommen. Sämtliche Bezüge der Pensionäre und Versorgungsberechtigten, also der Arbeiter, Angestellten und Beamten, werden ebenfalls gekürzt.

Diese katastrophale Verminderung der Einkommen von zwei Millionen Arbeitnehmern bedeutet nicht nur volkswirtschaftlich eine erhebliche Minderung der Produktion, hat also neue vermehrte Arbeitslosigkeit im Gefolge, sondern sie bedeutet auch einen Angriff auf den gesamten Lebensstandard sowie auf die tariflichen Rechte der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen. Dagegen wendet sich der Gesamt-Verband; denn diese Bestimmungen sind für seine Mitglieder unerträglich. Er sieht darin gleichzeitig die große und unmittelbare Gefahr einer zweiten Lohnabbauwelle, die sich automatisch auf die Privatindustrie auswirken muß.

Der Gesamt-Verband wird geeignete Schritte unternehmen, um die Abwehraktion erfolgreich zu gestalten.

Sollen die deutschen Arbeiter zu Kulis herabgedrückt werden?

Wir sind im allgemeinen nicht geneigt, unsere Kritik außerhalb parlamentarischer Formen (von einst) vorzubringen. Denn nicht die starken Worte, sondern zielebewusste Handlungen machen das Wesen gewerkschaftlicher Arbeit aus. Angesichts der geplanten Notverordnung versagen jedoch alle bisherigen Maßstäbe. Hier müßte man wahrlich mit dem Knüppel dreinschlagen! Es ist schon so, wie Dr. Bretholz im „Berliner Tageblatt“ vom 11. Juni 1931 feststellt, wir haben es mit einer Diktatur der Ministerialbürokratie zu tun. Nur so erklärt sich der ungeheuerliche Anschlag auf die unbedingten Lebensnotwendigkeiten der arbeitenden Volksmassen. Wir können kaum daran glauben, daß Brüning und seine Ministerkollegen trotz ihrer reaktionären Einstellung die volle Tragweite ihrer Notverordnung erkannt haben. Weder Reichspräsident noch Ministerium oder gar Parlament sind die Entscheidenden für diese Vorlage, sondern die sogenannten Sachreferenten. Der Horizont dieser Ministerialbürokratie ist begrenzt in dem engen Rahmen des Ressortinteresses. An Stelle von wirklichen Hilfsmaßnahmen, wie es z. B. die Reichsreform oder die erhebliche Heranziehung der Besitzenden bedeuten würden, peinigt und zwängt man an tausend Stellen die Arbeitnehmererschaft mit Drangsalierung, Einengung ihres Lebensstandards und Entzug wohlverdienter Tarif- und Arbeitsrechte.

Gewiß sind wir mit der Regierung der Meinung, daß ein Gleichgewicht des öffentlichen Haushalts herbeigeführt werden muß. Es ist auch zuzugeben, daß der deutschen Arbeiterschaft vorübergehend Opfer zugemutet werden könnten, wenn den Besitzenden und Leistungsfähigen eine entsprechende Steuerlast in der neuen Notverordnung gegeben würde. Aber diese Notverordnung dient weder der Behebung der Wirtschaft noch der Sicherung der Finanzen, ja auch die Wirtschaft wird zu erheblichem Teil durch sie gefährdet. In der neuen Notverordnung ist keinerlei wirtschaftspolitisches Programm enthalten. Die Ankündigung einer Revision des Young-Planes hängt bekanntlich zu wesentlichstem Teil von Frankreich und Amerika ab, die zurzeit schwerlich daran denken, einer solchen Revision zuzustimmen.

Die Unternehmer und ihre Soldatschreiber haben seit Monaten den Machtkampf aufgenommen und es ist kennzeichnend, daß auch jetzt ihre politische Vertretung, die Deutsche Volkspartei, einen Rücktritt der Regierung fordert, um, wie die „DAZ“ schreibt, eine neue Brüning-Regierung zu schaffen, mit stärkerem rechtsgerichteten Einschlag. Wir haben über einzelne Vorklässe im Unternehmerlager bereits berichtet. Die Unternehmer fühlen sich gegenwärtig so stark, weil sie glauben, sich auf ihre Hilfstruppe, die Nationalsozialisten, verlassen zu können. Zwar hat auch der „Völkische Beobachter“ Empörung gemimt unter der Überschrift: „Fort mit der neuen Hunger-Notverordnung!“ Es sind uns aber die Verhandlungen Hitlers mit den Schwerindustriellen zu bekannt, als daß man daran zweifeln könnte, daß hier nur Komödie gespielt wird. Die Nationalsozialisten würden mit einem Unternehmer-Direktorium völlig einverstanden sein, wenn sie selbst in diesem Direktorium Platz nehmen können.

Es muß leider auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Kommunistische Partei ihre abstruse Protestpolitik nicht wegen der Sicherstellung der Sozialgesetzgebung macht, sondern um politischer Geschäfte willen, d. h. um es bis zum Bürgerkrieg und zur „Weltrevolution“ zu bringen. Diesen phantastischen Versuchen gegenüber muß sich die geschulte Arbeiterschaft der Gewerkschaften gerade in diesen schweren Tagen scharf ablehnend verhalten; denn es ist gerade das Unternehmertum, das auf diese Putschtaktik spekuliert, um auf diese Weise den Staatsapparat in die Hände zu bekommen und das Regiment der Vorkriegszeit wieder aufzurichten. Man will, das wird ganz deutlich ausgesprochen, „eine zweite erhebliche allgemeine Senkung der Löhne“. Die Tarifverträge sollen einen Lohnspielraum geben, indem die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterschreiten dürfen. Man will ferner, nachdem Stegerwald die Schlichtungsinstanzen ohnehin schon zu allgemeinen Lohnsenkungen mißbraucht hat, ihren ganzen Aufbau; denn der Reichsverband der deutschen Industrie spricht von der „Ueberflüssigkeit“ dieser Schlichtungsinstanzen. Die Tarifverträge müßten von „politischem Zwang“ befreit werden.

Die Arbeiterschaft Deutschlands ist steuerlich ohnehin schwerer belastet als in anderen Industriestaaten. Die Grenze nach dem Versailler Friedensvertrag und den Reparationszahlungen ist auf diesem Gebiet u. E. überschritten. Trotzdem wagt es die Brüning-

Regierung, fast ausschließlich solche Steuern in der Notverordnung zu fordern, die die abhängigen Arbeitnehmer ungleich stärker belasten als die übrigen Kreise des Volkes. Das Noteinkommen der Arbeitslosen wird um 10 bis 14 Proz. verkürzt!

Auf der anderen Seite werden Großlandwirtschaft und Schwerindustrie offen und verschleiert Millionen Subventionen zugewiesen. Mit diesen Methoden wird weder der Wirtschaft geholfen, noch gar die geringe Kaufkraft des deutschen Volkes verstärkt. Diese Notverordnung muß das soziale Elend in Deutschland steigern. Wir deuteten schon an, daß damit gleichzeitig eine neue Agitationsbasis für die Feinde der deutschen Republik gegeben ist, der Ansturm wird von links und rechts erfolgen. Es ist für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften außerordentlich schwer, in dieser Situation Entscheidungen zu treffen, die eine Katastrophe verhindern. Wir sagen klipp und klar: Wir wollen keine Katastrophenpolitik! Hat sich die Regierung Brüning von ihren Ministerialbürokraten diese Suppe einbrocken lassen, weil ihr jeglicher politischer Instinkt abgeht? Oder ist der Einfluß der Sozialreaktion bereits so groß, daß man sich als Herren des Staates fühlt?

Wir sind der Meinung, daß die seit Monaten betriebene Hege gegen die öffentliche Wirtschaft, die nun in den §§ 6 und 7 der Notverordnung ihre Früchte zeitigen soll, von der Arbeiterschaft nicht so hingenommen werden kann. Andererseits kann der Kampf gegen diese Notverordnung nur zu positivem Erfolg geführt werden, wenn alle Arbeitnehmer rückhaltlos zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen stehen und in strenger Disziplin den Weisungen ihrer Führer folgen. Wir haben außerhalb der Arbeitnehmererschaft weder wirtschaftliche noch politische Bundesgenossen. Darum ist die Einigkeit der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, niemals so notwendig gewesen denn jetzt. Wir haben in jahrelanger Angriffsbearbeit den Lohnstandard und die soziale Lage der Arbeitnehmererschaft in Deutschland bessern können. Jetzt gibt es, in zähem, planmäßigem Abwehrkampf alles daran zu setzen, damit die Reaktion ihre Ziele nicht erreicht.

* * *

Es folgt nun der

Proteststurm gegen die Notverordnung

Die Spitzenfunktionäre unserer Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin wurden am 11. Juni 1931 durch den Kollegen Schaum über die Auswirkung der Notverordnung orientiert. Die Versammlung war sich darin einig, daß noch nie seit Bestehen des neuen Arbeitsrechts und Tarifvertrages in diktatorischer Form von Gesetzes wegen ein derartiger Einbruch in das Tarifvertragsrecht erfolgt ist, wie durch diese Notverordnung. Die Reichsregierung stellt mit dem Mittel der Notverordnung große Gruppen der Reichs-, Staats- und Gemeindegewerkschaften arbeitsrechtlich unter einen Ausnahmezustand und gibt damit den privaten Arbeitgebern und Unternehmerverbänden ein böses Beispiel diktatorischer Lohnfestsetzung. Die Funktionäre werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln das Recht der Gewerkschaften auf Mitbestimmung bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch nach Ablauf der jetzt geltenden Tarifverträge der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Reich, Staat und Gemeinden gegenüber den Arbeitgebern zu wahren wissen. Eine Arbeitszeitverkürzung bis zu 40 Stunden anzuordnen, ohne die Frage eines Lohnausgleichs zu erwägen, ist ein weiterer Einbruch in das Tarifrecht, der sich einseitig zu Ungunsten der Arbeitnehmer auswirkt.

Die Notverordnung in ihrer jetzigen Gestalt ist das Produkt übersteigerter Diktaturgelüste der Ministerialbürokraten und zeugt von dem hinlänglich bekannten Geiste der Unternehmerrinderei, die allein in Gehaltskürzung und Lohnabbau das Heil der Wirtschaft sehen.

Die Funktionäre verpflichten sich, in dieser für die Gewerkschaften so außerordentlich ernsten Situation mit allem Nachdruck in den Betrieben für die Stärkung der Einheit und Abwehrfront hinzuwirken. Der Verbandsleitung wird aufgegeben, mit allen Mitteln im besonderen die Eingriffe in das Tarifrecht abzuwehren.

* * *

Die Vorstände des Ortsausschusses Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Ortskartells Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben sich am 11. Juni

mit der neuen Notverordnung beschäftigt. Beide Vorstände lehnen einmütig die Notverordnung ab. Insbesondere, weil die Bestimmungen über die Arbeitslosenhilfe und die Staffelung der Krisensteuer für die Arbeitnehmer völlig untragbar sind. Als geradezu unerhört betrachten die Vorstände die rigorosen Eingriffe in das Tarifrecht und die einseitige Benachteiligung der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen. Diese Maßnahmen bedeuten geradezu eine Aufforderung an die privaten Unternehmer, die Löhne und Gehälter weiterhin zu senken. Es muß als eine Provokation wirken, wenn man die wohlverworbenen Rechte der Arbeiter und Angestellten an die Sozialversicherung und das Tarifrecht schmälert und beseitigt, dagegen keinerlei Abstriche am Wehretat und den hohen Pensionen der ehemaligen Offiziere vornimmt.

* * *

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich unter Beteiligung des Vorstandes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes mit der Notverordnung vom 5. Juni eingehend befaßt. Beide Bundesvorstände verkennen nicht die Notwendigkeit, dem ganzen Volke Opfer zuzumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosennot wie auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, daß der allgemeine Widerstand der Arbeitnehmerschaft sich ungestüm geltend machen muß. Die Folgen der praktischen Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würden verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte einsetzen, um die unbedingt notwendige Aenderung der Notverordnung herbeizuführen.

* * *

Der AFA-Bundsvorstand sagt in einer weiteren Erklärung: „Die Notverordnung vom 5. Juni enthält neben den bereits allgemein bekanntgewordenen unerhörten sozialen Verschlechterungen und Belastungen der gesamten Arbeiterklasse auch eine Reihe von besonderen Eingriffen in den gesetzlichen Angestelltenschutz und das bestehende Angestelltenrecht. Die Behörden-, die Bergbauangestellten und eine Reihe weiterer Gruppen werden auch noch in einzelnen Sonderbestimmungen der Notverordnung hart getroffen.“

Der AFA-Bund wird selbstverständlich in der Bekämpfung dieser Notverordnung diese Angriffe auf das soziale Recht und die Lebenshaltung der Angestellten mit aller Schärfe zurückweisen, erhält jedoch angesichts der großen politischen und sozialen Gefahr statt eines Sondervorgehens der einzelnen Arbeitnehmergruppen die geschlossene Abwehr aller Gewerkschaften für notwendig.

* * *

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes befaßte sich am 10. Juni 1931, eingehend mit der neuen Gehaltskürzung der Beamten, die durch die Notverordnung ab 1. Juli 1931 eintreten soll. Hierbei wurde besonders scharf der unsoziale Charakter der neuen Kürzungsmaßnahmen verurteilt, der darin zu erblicken ist, daß im Zusammenhang mit der Halbierung des Kinderzuschlages die Belastung für die Beamten und Pensionäre der unteren Gruppen sogar prozentual erheblich größer ist als für die höheren Gruppen. Man hat auf diese Weise verstanden, die vom ADB. vertretene Forderung einer Staffelung nach der Leistungsfähigkeit in ihr direktes Gegenteil zu verkehren.

Der Bundesvorstand des ADB. beschloß, sich unverzüglich mit einer Eingabe an den Reichstag zu wenden; er hat außerdem in Anbetracht der Bedeutung der Angelegenheit zum 16. Juni seinen Bundesauschuß nach Berlin einberufen. An dieser Tagung werden auch die Vertreter sämtlicher Landes- und Bezirksorganisationen des ADB. teilnehmen.

* * *

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner stellt zu der Notverordnung folgendes fest:

Die in den Paragraphen 6, 7 und 8 des zweiten Teiles der Notverordnung vorgesehenen Lohnkürzungen sind ein direkter Eingriff in das Tarifvertragsrecht der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben. Besonders empörend ist, daß dieser Eingriff sich auch auf die Reichsbahngesellschaft erstreckt, obgleich diese nach dem Wortlaut der Notverordnung selbst keine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

Die der Reichsbahn gegebene Ermächtigung zur einseitigen Aenderung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages verleiht die in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Arbeitnehmer.. Die Einkommensverhältnisse der

Reichsbahnarbeiter lassen einen weiteren Abbau der Löhne ohne Gefährdung der Existenz nicht mehr zu. Neben einem direkten Lohnabbau von durchschnittlich mehr als 6 Proz. sind die Einkommen der Reichsbahnarbeiter durch Arbeitszeitverkürzung und Feierschichten ohne Lohnausgleich sowie durch Herabsetzung der Gedingewerbdienste und Derstellungen in niedrigere Lohngruppen und ländliche Dienststellen bereits so stark abgebaut, daß heute Zehntausende von verheirateten Reichsbahnarbeitern Wochenlöhne von 20 bis 25 Mk., zum Teil noch weniger, beziehen. Die bisherigen Lohnneinbußen der Reichsbahnarbeiter betragen bis zu 50 Proz. des früheren Einkommens. Wenn die Notverordnung die Reichsbahngesellschaft ermächtigt, diesen Lohn einseitig noch mehr senken zu können, auf der anderen Seite aber besondere Sicherungen dafür bietet, daß die Gehälter der leitenden Beamten, die weit über das Einkommen der vergleichbaren Reichsbeamten hinausgehen, beibehalten werden können, dann mutet es geradezu als Hohn an, wenn die Reichsregierung in ihrem Aufruf von „Härten, die alle Volkskreise treffen“, spricht.

* * *

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften, nahm folgende Entschliessung an: „Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 hat uns wegen ihrer Wirkung auf die soziale Lage der deutschen Arbeitnehmer mit äußerster Beforgnis erfüllt. Das Ziel einer Sanierung der öffentlichen Haushalte wird von der Verordnung in einer rein fiskalischen Weise angestrebt, die nach unserer Ansicht die sozialen Ungerechtigkeiten vermehrt und die Behebung der wirtschaftlichen Krise hemmt, statt sie zu fördern. Der Abbau der sozialen Dienstleistungsleistungen überschreitet das notwendige Maß und macht in zahlreichen Fällen die Aufrechterhaltung einer menschenwürdigen Lebenshaltung unmöglich.“

Die steuerlichen Maßnahmen, die der Sicherung des Haushaltes und der Beschaffung von Mitteln für die Krisenfürsorge und der Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten dienen sollen, sind in vielen Punkten wirtschaftlich unzweckmäßig und sozial ungerecht. Das gilt in erster Linie von der Gestaltung der Krisensteuer.

Durch den Abbau der sozialen Leistungen und durch die ungerechte Verteilung der Steuerlasten auf die verschiedenen Einkommensbezieher ist nach unserer Ansicht der Grundfatz verlegt, daß die Not durch gemeinsame und gleichmäßige Anstrengungen aller Volksschichten bekämpft werden muß.

Neben einer gerechteren Verteilung der Opfer und neben einer kräftiger zupackenden Reform der Verwaltung von Reich, Ländern, Gemeinden verlangen wir eine zielbewußte und tatkräftige Fortführung der eingeleiteten Revision der Reparationsverträge, von der nicht nur die Entlastung des Reichshaushaltes, sondern weitgehend auch die Behebung der Wirtschaftskrise abhängt.“

* * *

Die Revisionsforderungen des Gewerkschaftsrings zur Notverordnung beziehen sich auf das Verlangen nach restloser Heranziehung der Landwirtschaft zur Krisensteuer und die besondere Belastung der hohen Pensionen.

Weiter verlangt der Gewerkschaftsring Gleichstellung der Lohnsteuerpflichtigen mit den veranlagten Steuer-Einkommenspflichtigen in der Krisensteuer, Befreiung der Behördenangestellten und -arbeiter von der Gehaltskürzung, Erhöhung und Ausbau der Erbschaftsteuer und dafür Beibehaltung der Lohnsteuererstattungen, Streichung der Verdoppelung der Zuckersteuer, Abbau der Zolllaste, Zwang zu Neueinstellungen bei Arbeitszeitverkürzungen, Verbot von Arbeitszeitverlängerung über 48 Stunden hinaus und Beibehaltung des Nachtdarverbots.

* * *

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahm am 9. Juni 1931 zu der neuen Notverordnung Stellung und verlangte angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der Notverordnung und ihrer verhängnisvollen Wirkungen den baldigen Zusammentritt des Reichstages.

In dieser Haltung wird der DBB. bestärkt durch die Stellungnahme des Vorstandes des Reichsbundes der Kommunalbeamten und Angestellten Deutschlands. Der DBB. sagt: „Diese neue Notverordnung sprengt den als zwangsläufig gesehenen Kreislauf nicht, ist nicht die Erlösung, führt zur Verschärfung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Spannung. Darum Reichstagsabgeordnete, Volksvertreter, überlegt, ob ihr in dieser ersten Stunde das selbstgewollte Beiseitertreten noch verantworten könnt!“

Gewerkschaftliche Werbearbeit trotz Krise

In der Zeit der furchtbaren Wirtschaftskrise gewerkschaftliche Werbearbeit — ist das nicht widerspruchsvoll? Was soll in einer Zeit des Lohnabbaues und der sozialpolitischen Verschlechterungen zu gewinnen sein? Wo sollen die gewerkschaftlichen Erfolge herkommen, wenn nicht nur Unternehmer und Regierung gegen uns stehen, sondern eine Ueberfülle von Warenvorräten und eine Millionenarmee arbeitsloser Menschen unsern Kampf um die soziale Freiheit erschweren? Das sind die skeptischen Gegenfragen zu der Forderung, daß die Krisenzeit uns Gewerkschaftern eine Erntezeit sein soll. Und doch kann sie es sein. — Seit 1924 haben die freien Gewerkschaften auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bedeutungsvolle Erfolge erringen können. Diese haben wir in der Agitation für den Gewerkschaftsgedanken mit vollstem Rechte ausgenützt. Wir alle sahen das Aufstreben, ein erfreuliches Aufwärtsgleiten unserer Lebensbedingungen. Dann brach die Krise mit unheimlicher Wucht über uns herein. Alle Kräfte mußten darauf konzentriert werden, das in jahrzehntelangem gewerkschaftlichem Ringen Erämpfte zu halten. Wenn das, wenigstens insoweit wie das Prinzipielle in Frage kommt, umfassend gelänge, so hätten schon dadurch allein die Gewerkschaften eine Feuerprobe bestanden. Aber wird dies den Massen als Erfolg sichtbar? Großen Teilen der Arbeiterschaft vornehmlich der jüngeren Generation nicht. Hier muß die Geschichte zur Hilfestellung bei der Agitation herangezogen werden. Es ist die jetzt tobende Wirtschaftskrise ja nicht die erste, die über die kapitalistische Welt dahindrauft. Wie wirkten sich vergangene Wirtschaftskrisen auf die Lebenslage der Arbeiterschaft aus? Die Löhne sanken in allen Gewerben und Industrien auf weit unter die Hälfte des Vorkrisenstandes. Dem wütestem Lohnabbau stand kein Hemmnis entgegen. Und heute? O doch, der Tarifvertrag, jener Bestandteil des Arbeitslebens, der zum Mittelpunkt aller Angriffe der Reaktion geworden ist. Wir sollen in der Agitation unseren Kollegen stets die Frage vorlegen: Was meinst du, wo wir heute ohne Tarifverträge ständen? Jeder wird zugeben, daß ihr Fehlen dazu führen würde, für jeden nur denkbar niedrigen Preis die Arbeiterschaft kaufen zu können. Was heute an Lohnverschlechterungen hingenommen werden muß, weil die gewerkschaftliche Macht nicht ausreicht, um sie restlos abzuwehren, ist nur ein Kinderspiel gegen das, was der Arbeiterschaft zugemutet werden würde, wenn ihr der unabhängige Tarifvertrag nicht einen bestimmten Lohnstand garantierte. — Was nützt aber selbst der höchste und der

gesichertste Tariflohn, wenn ich arbeitslos bin und ihn deshalb doch nicht erhalte? Auch hierzu einige Worte. Der „Lohn“ des Arbeitslosen, die Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, hängt insoweit vom Tariflohn ab, als die Arbeitslosenversicherung danach die Höhe des

Unterstützungssatzes berechnet. Aber das ist nicht das Entscheidende. Worauf es ankommt ist das Grundsätzliche, nämlich die Tatsache, daß überhaupt arbeitslose Unterstützung, ganz gleich in welcher Form, gezahlt wird. Deshalb wird der Kampf der Reaktion nicht mehr offen um das Prinzip der Arbeitslosenunterstützung gehen, sondern nur noch um ihre Höhe. Daß diese nur von der gesellschaftlichen Machtverteilung abhängt, braucht dabei kaum noch erwähnt zu werden. — Damit in allerengstem Zusammenhang steht auch die Frage der Arbeitszeitgestaltung. Schon allein der Umstand, daß heute inmitten der tiefsten Krise, ja gerade zu deren Linderung, von der Regierung und von einsichtigen Arbeitgebern eine Verkürzung der Arbeitszeit auch nur erwogen wird, sollte zu denken geben. Das geschieht doch nicht unserer schönen Augen willen. Man hat in früheren Krisen nie an Arbeitszeitverkürzungen gedacht. Heute muß man daran denken. Und zwar aus folgendem Grunde: Das riesige Arbeitslosenheer gefährdet in zunehmendem Maße seine Finanzierung. Nicht nur, weil mehr Menschen unterstützt sein wollen, sondern auch weil das gleiche Mehr an Arbeitslosen als Beitrags- und Steuerzahler ausfällt. Aufgabe der freien Gewerkschaften wird es also sein, aus dem, was die Angst der Reaktion hier der Arbeiterschaft als Krisenlinderung zu bieten gewillt ist, einen Dauererfolg zu machen. — Das sind freilich nur einige Agitationsmomente, die die Wirtschaftskrise dem Gewerkschafter bietet. In einem Punkte aber leistet sie für die gewerkschaftliche Idee ganz unschätzbare Arbeit, weil sie die sozialistische Idee in die

Unsere „Gewerkschaft“ verbieten

das wollen die Nationalsozialisten nach einem Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 13. Juni 1931

Es heißt dort: „Die „Gewerkschaft“, die eine einzige Hetze in Wort und Bild gegen die NSDAP. darstellt, ist zu verbieten. Das können nicht nur deutsche Beamte verlangen, sondern es ist die Forderung von zehn Millionen deutscher Wähler.“ Was bringt die Nationalsozialisten so in Harnisch gegen uns? Die Stellungnahme in unserer Fachbeilage „Post und Telegraphie“ gegen die nationalsozialistischen Umtriebe in der Deutschen Reichspost!

Wir glauben, daß unsere machtvolle Organisation der öffentlichen Arbeitnehmer den Nazis ein Dorn im Auge ist. Wir verstehen aber nicht, daß „der Krach und die große Pleite“ in der nationalsozialistischen Bewegung — die wir in Nr. 17 der „Gewerkschaft“ im Bilde glossiert haben — den Betriebsfrieden bei der Post stören kann.

Im übrigen ist es unsere Pflicht, die Interessen unserer Kollegen gegen die nationalsozialistische Zellenbildung nicht nur bei der Reichspost, sondern auch in den übrigen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen zu wahren.

Die nationalsozialistische Bewegung

die der ehemalige Nationalsozialist Hellmuth von Mücke als den größten „Bonzenbetrieb der Welt“ bezeichnete,

ist keine Vertretung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Das zeigt auch die Unterzeichnung eines Aufrufs dieser „Arbeiterpartei“, der in Lippe die Einleitung eines Volksbegehrens zum Zweck hatte, und der von Prinzessinnen, Generalmajoren, Fabrikanten, Oberstleutnants und Fabrikbesitzern unterzeichnet wurde. Der Faschismus bricht morgen alle Versprechungen von heute. 1919 hat Mussolini für eine Nationalversammlung, für eine Republik und gegen jede Art von Diktatur plädiert. 1922 ist er getreuer Diener seiner Majestät,

„Mittel zum Zweck

ist der Sozialismus für uns“, hat Goebbels im Mai 1930 erklärt. — Uns Freigewerkschaftern bedeutet der Sozialismus „Befreiung der Arbeiterklasse“ von Unternehmerwillkür, die von den Nazis gestützt wird.

Deshalb hinein in den Gesamt-Verband

Hirne hämmert. Wir sollen bei einem geradezu erschreckenden Ueberfluß an Waren aller Art hungern und darben? Dieser furchtbare Widerspruch des Kapitalismus muß allen zum Bewußtsein gebracht werden. Die freien Gewerkschaften kämpfen für dessen Beseitigung, indem sie die anarchische Marktwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungs-wirtschaft ersetzen wollen. Das darf niemals vergessen werden oder auch nur in den Hintergrund treten. F. D.

Nachschrift d. R. Dieser Artikel soll zwar in bezug auf den „unabhängigen Tarifvertrag“ durch die Notverordnung (für Gemeinde- und Staatsarbeiter) nicht mehr zutreffen. Wir werden aber alles daran setzen müssen, um dagegen mit aller Kraft Sturm zu laufen.

Umstellung der Indexziffern

Das Statistische Reichsamt, eine Unterabteilung des Reichsarbeitsministeriums, machte Anfang des Jahres den Gewerkschaften den Vorschlag, als Ausgangspunkt für die Indexberechnung den Durchschnitt der Indexziffern der Jahre 1925 bis 1929 zu nehmen. Näheres hierüber ist schon in der „Gewerkschaft“ Nr. 9 vom 28. Februar 1931 unter der Überschrift „Indexzahlen für die zweite Lohnabbauwelle?“ zu lesen. Seinerzeit begründete das Statistische Reichsamt diese Forderung damit, daß diese wissenschaftlich (?) einwandfreie Ausgangsbasis in fast allen anderen Staaten durchgeführt sei und darum in Deutschland sozusagen aus internationaler Solidarität auch zur Durchführung kommen müßte. Im Heft 10 von „Wirtschaft und Statistik“, herausgegeben von demselben Statistischen Reichsamt, wird auf Seite 390 eine Aufstellung über die Indexziffern der Ernährungs- und Lebenshaltungskosten für 30 Länder gebracht. Diese Aufstellung beweist, daß sich das Statistische Reichsamt seinerzeit erheblich geirrt haben muß, als es die Behauptung aufstellte, daß in fast allen anderen Ländern die Umstellung auf die Nachkriegszeit erfolgt sei.

Von den 30 Staaten (hierbei sind neben 26 europäischen Staaten auch Britisch-Indien, Japan, Kanada und Nordamerika aufgeführt) haben nur zwei Länder die Umstellung vorgenommen. Das sind Belgien und Italien. Belgien hat als Ausgangspunkt das Jahr 1921 genommen. Die Steigerung der Ernährungs- und Lebenshaltungskosten gegenüber diesem Zeitpunkt wird für Februar 1931 mit 188 Punkten, die der Gesamtlebenshaltungskosten mit 210 Punkten angegeben, also eine Steigerung um 88 bzw. 110 Proz. Das Statistische Reichsamt Deutschlands wird es gegen das vereinigte Arbeitgebertum nicht wagen, eine ähnliche günstige Ausgangsbasis vorzuschlagen.

Die Indexziffern müssen vielmehr gesenkt werden. Aus dem Grunde lehnt sich das Statistische Reichsamt an das leuchtende Beispiel des italienischen Lohndruckdiktators Mussolini an. Mussolini hat seine Berechnungen nach dem Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929 zugrunde gelegt. Bloß hat er sich die Mühe gespart, den Durchschnitt zu errechnen. Er hat einfach den 1. Juli 1927 als Durchschnitt festgesetzt. Von dieser Ausgangsbasis ausgehend, beweist der „nationale“ Sozialist und Faschist Mussolini, daß die Ernährungs- und Lebenshaltungskosten bis zum Februar 1931 auf 81,7 Punkte, also um 18,3 Proz. und die Gesamtlebenshaltungskosten auf 86,2 also um 15,8 Proz. gefallen sind. Die Nutzenwendung aus dieser wissenschaftlichen (?) statistischen Feststellung hat man in Italien restlos gezogen.

Wie die Arbeiter dabei betrogen werden, beweist die Tatsache, daß bei einem Vergleich mit dem ersten Halbjahr 1914 die Lebenshaltungskosten im Februar 1931 um 22 Proz. höher sind als 1914. Daß dieses „leuchtende“ Beispiel ausgerechnet im Reichsarbeits-

ministerium des Herrn Dr. Stegerwald so begeisterte Nachseherer findet, stimmt etwas nachdenklich. Es wäre interessant zu erfahren, ob die christlichen Gewerkschaften mit diesen Plänen ihres prominenten Vertreters einverstanden sind? Anscheinend hat das Reichsarbeitsministerium die Absicht, den Nachweis zu führen, daß der Reallohn der deutschen Arbeiter gegen den Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929 Ende 1930 um 30 bis 40 Proz. höher ist. In „Wirtschaft und Statistik“ wird immer noch (s. auch Heft 9) in hervortretender Weise die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Durchschnitt von 1925 bis 1929 aufgezeigt.

Für die Entwicklung der Preise gegenüber 1913/14 begnügt man sich mit einer Tabelle von sechs Zahlenreihen und einer redaktionellen Anmerkung in sechs Zeilen. Ueber die Gestaltung der Preise, ausgehend vom Durchschnitt der Jahre 1928/29 werden aber jetzt schon zwei Tabellen mit 23 bzw. 16 Zahlenreihen gebracht. Dazu wird in 50 Zeilen das Thema behandelt, um wieviel billiger wieder alles geworden ist. Sogar die Wohnungsmiete ist vom März 1931 bis zum April 1931 um ein Sechstel Prozent auf 120,0 gesunken.

Zum Schluß sei an einer Gegenüberstellung gezeigt, wie aus der Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel usw. gegenüber 1913/14 nach dem neuen Schema des Statistischen Reichsamts eine Verbilligung herausdestilliert wird.

Ausgangsbasis	Indexziffer April 1931 für					
	Gesamt- lebens- haltung	Ernäh- rung	Woh- nung	Heizung, Beleuch- tung	Beklei- dung	Son- stiger Bedarf
I. Reichsindexziffer 1913/14 = 100	137,2	129,2	131,6	149,3	141,6	185,1
II. Lebenshaltung 72 Gemd. Durch- schnitt 1925-29 = 100	93,5	86,0	120,0	103,2	84,5	99,1

Die Schlußfolgerung, die aus der Uebersicht I von den Gewerkschaften gezogen werden muß, ist die, daß das Nettoeinkommen der Arbeiter heute mindestens um 37 Proz. höher sein muß als 1913/14. Will durch die Zahlenreihe II das Reichsarbeitsministerium den Arbeitgeberorganisationen beweisen, daß heute der Lohn um 6,5 Proz. niedriger sein muß als im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929?

Wenn das Reichsarbeitsministerium nach den offiziellen Erklärungen des Herrn Stegerwald das nicht beabsichtigt, dann soll endlich das Statistische Reichsamt angewiesen werden, die Umstellung der Indexziffer auf die Nachkriegszeit nicht hintertürum doch einzuführen.
D. S c h u l z.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Durch das zweite Gutachten der zur Prüfung der Arbeitslosenfrage eingesetzten Gutachterkommission und durch die dritte Notverordnung der Reichsregierung ist nun das Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes in großem Umfange aufgerollt worden. Die Brauns-Kommission lehnt zwar die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ab, weil davon eine Entlastung des Arbeitsmarktes nicht zu erwarten sei, empfiehlt aber die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Indes scheint die Kommission von ihrem Vorschlag selbst nicht viel zu erwarten, denn sie kommt zu der Feststellung, daß sich „Schwierigkeiten bei der Beschaffung zusätzlicher Arbeit zeigen“ werden. Sie gibt aber auch dem Gedanken Spielraum, daß die Arbeitsdienstwilligen nicht nur bei Arbeiten der öffentlichen Hand beschäftigt, sondern auch „hilfsbedürftigen Kreisen“ überwiesen werden sollten. Dabei ist wohl an die Landwirtschaft gedacht, die angeregt werden soll, an Stelle polnischer Schnitter deutsche Arbeitslose einzustellen, die nicht berufsmäßig der Landwirtschaft angehören. Die Landwirte, die sich auf diesen Handel einlassen, sollen aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung einen beträchtlichen Zuschuß zum Lohn bekommen, damit die Minderleistung des Arbeiters, der den Tariflohn erhält, ausgeglichen wird.

Dieser Plan verdient es, etwas unter die Lupe genommen zu werden. Erfahrungen mit dem von privater Seite schon aufgezogenen freiwilligen Arbeitsdienst ermuntern zu keiner Nachahmung. Das „Landwerk“ und der „Bund Artam“, die den freiwilligen Arbeitsdienst bereits seit einigen Jahren betreiben, können über günstige Erfolge nicht berichten. Der Bund Artam muß in seinem Bericht für 1930 zugeben, daß die Landwirte

polnische Schnitter deutschen Arbeitsdienstwilligen vorziehen. Daß der Andrang der Jugendlichen zum freiwilligen Arbeitsdienst groß ist, ist erklärlich aus der großen Not der jugendlichen Arbeiter und der Unmöglichkeit, Arbeit in der Industrie zu finden. Sie arbeiten für das Essen, um aus der dauern, sie zermürbenden Arbeitslosigkeit herauszukommen. Eine Anerkennung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist damit gewiß nicht verbunden.

In Reutlingen ist unter Leitung des Konsuls Ernst Wandler ein „Volksbund zur Förderung des freiwilligen Volksdienstes“ ins Leben gerufen worden, der 99 Leitfäden aufgestellt hat. Es heißt darin: „Der Gedanke des Volksdienstes richtet sich auf die Beseitigung der Zwietracht und der Weckung des Gemeinsinns. Wie der freiwillige Arbeitsdienst nicht geeignet ist, die Klaffen gegenseitig, die der kapitalistischen Profitwirtschaft entspringen, zu beseitigen, so kann er auch nicht der Beseitigung der Zwietracht dienen. Im Gegenteil. Der „freiwillige Arbeitsdienst“ muß naturgemäß die ihn Ausübenden in Gegensatz bringen zu den freien Arbeitern, die in ihnen Lohndrücker, Defektoren und Gegner sehen müssen. Die Befürworter des Arbeitsdienstes gehen bei ihren Bestrebungen von ganz falschen Voraussetzungen aus. Die Frage, die zu lösen ist, ist keine Frage der Arbeitsunlust, sondern eine der Arbeitsbeschaffung. Der Arbeitswille fehlt der deutschen Arbeiterschaft nicht, sondern die Arbeitsmöglichkeit. Als Ziel des freiwilligen Arbeitsdienstes ist die Arbeitsdienstpflicht gedacht, die im militärischen Sinne organisiert und aufgezogen werden soll. Solche Bestrebungen können wir nicht unterstützen, denn sie sind nicht geeignet, das große Problem der Arbeitslosigkeit befriedigend zu lösen. W. H.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Mehr Aktivität!

Die letzten Monate und Wochen haben die seit Jahren drohende Finanz- und Wirtschaftskrise in geradezu katastrophaler Form zur Auswirkung gebracht. In ausgiebigem Maße konnten wir uns mit der Entstehung und Entwicklung all der einschlägigen Probleme, im Zusammenhang mit der Weltmarktlage, durch Wort und Schrift laufend unterrichten. 5 Millionen Erwerbslose, 5 Millionen Berufstätige sind aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen, 5 Millionen Menschen stehen vor dem Nichts. Alle organisierten mit gesundem Menschenverstand und logischem Denken ausgerüsteten Arbeitnehmer wissen, was auf dem Spiel steht, und welche Anforderungen an sie gestellt werden. Bei objektiver Einstellung müssen wir feststellen, daß die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei alles zu tun bestrebt waren und auch weiterhin tun werden, um eine Lösung und Besserung der Gesamtlage zu erzielen.

Wir stehen mitten in einem schweren Kampf. Es geht um die Erhaltung der Verfassung von Weimar und um das Bestehen der Demokratie. Brot, Freiheit und Friede sind in Gefahr. Unsere Errungenschaften auf sozial-, kommunal-, wirtschafts- und kulturpolitischen Gebieten will man zerschlagen. Ein gewissenloses Privatkapitalisten- und ein rigoroses Unternehmertum sowie eine jeder Einsicht bare Kleinbürgerschicht versuchen die organisierte klassenbewußte Arbeiterschaft niederzuringen. In skrupelloser Weise leisten die sog. „Arbeiterparteien“, wie sie uns in der kommunistischen und nationalsozialistischen Partei entgegengetreten, willig Helferdienste.

Eine Betrachtung der Vorgänge der letzten Zeit lehrt uns, daß wir in einiger fester Front zusammen stehen müssen, bereit zum Abwehrkampf.

Wer sich eingehend mit den wirtschafts- und kommunalpolitischen Fragen beschäftigt und in dieser Hinsicht die verschiedensten politischen Einstellungen verfolgt, muß sich darüber klar sein, daß alle Arbeitnehmer zusammen gehören. Es darf keine Unterschiede geben, denn wir sind alle Arbeiter, ganz gleich, ob wir die Straße kehren, ob wir am Schreibtisch sitzen oder am Zeichnen stehen. Es ist deshalb auch außerordentlich bedauerlich, daß wir uns in unzählige Sonderorganisationen zerspalten. Zusammenschluß tut not! Nicht allein in Form von Arbeitsgemeinschaften, nicht allein äußerlich, sondern auch innerpolitisch gefestigt müssen die Arbeiter und Angestellten zusammenstehen. In dieser Beziehung sollte uns das Kapital und seine führenden Köpfe zum leuchtenden Vorbild dienen. Der „Gesamtverband“ hat ja auch gezeigt, wie nötig die Zusammenfassung einzelner Gruppen ist, nur könnte man noch weiter gehen, insbesondere bei den Angestelltenorganisationen. Denn Konzentration der Kräfte bedeutet Macht! Und Macht brauchen wir — mehr denn je — in der gegenwärtigen Epoche. Hinter unsere Vertreter in den Parlamenten muß eine geschlossene Partei- und Gewerkschaftsfront gestellt werden, dann können wir auch Erfolge buchen. Zur Stunde ist es aber so, daß wir uns wohl im großen und ganzen einig sind; aber noch ein straffes, klares Auftreten, die Gesamtwucht, uns fehlt. In dieser Hinsicht gibt es noch manche Fragen zu lösen.

Der Erfolg der Nationalsozialisten und Kommunisten bei den Reichstagswahlen am 14. September, sowie die weitere Erhöhung der Stimmenziffern bei den Wahlen in Baden, Mecklenburg, Oldenburg, Bremen usw., darf uns nicht weiter erschüttern. Wir müssen daraus unsere Lehren ziehen und versuchen, die Kreise, die sich dabei aus dem Lager der bürgerlichen Mitte entfernt haben, für uns zu gewinnen. Wenn wir uns auch nicht leisten können, eine derartig verantwortungslose Radikalpolitik zu machen, so muß doch unser Bestreben dahin führen, die unruhig umherirrenden Kreise, die indifferenten und unorganisierten Arbeitnehmer, zur Verantwortung und Mitarbeit heranzuziehen, auf daß die erreichten Errungenschaften nicht nur erhalten bleiben, sondern weiter ausgebaut werden. Mag das Ränkespiel gewisser Kreise in der Reichs-, Landes- und Kommunalpolitik auch denjenigen die Augen öffnen, die bis zur Stunde den Weg noch nicht zu uns gefunden haben.

Auf die Sozialdemokratie, die doch noch nie die absolute Mehrheit in den Parlamenten gehabt hat, und auf die freien Gewerkschaften, hinter denen doch nur ein Bruchteil der Arbeitnehmer steht, wird heute viel geschimpft. Der im Klassenkampf geschulte Arbeiter mißt diesen demagogischen Anwürfen keine Be-

deutung bei, er weiß, wo er hingehört und sein Streben geht dahin, im engeren Kollegenkreis und vielfach auch in öffentlichen weiteren Grenzen seine Einstellung durchzusetzen, um Fernstehende und Dankelmütige zu überzeugen und für die Mitarbeit in der modernen Arbeiterbewegung zu gewinnen und zu begeistern. Die Werbetätigkeit ist z. St. sehr schwer, weil man in vollkommener Derkennung der Zusammenhänge in weiten Kreisen unseres schaffenden Volkes der Ansicht ist, die Arbeiterführer haben versagt. Gewiß, man hat dem Volke viel versprochen, aber wenig gehalten. Aber sind denn daran unsere Führer schuld? Ueben wir doch einmal ernsthafte Selbstkritik lieber Leser, bist du, bin ich, sind wir, die wir in Betrieb, Werkstatt, Büro und sonstwo stehen, nicht in weit größerem Maße an dem Zustand schuld? Ich möchte behaupten, wir — die große Masse der Arbeitnehmer — haben uns zu wenig aktiv betätigt, z. B. muß ich von mir selbst sagen, daß ich, obwohl ich längst wußte, wo ich hingehöre, zu lange abseits gestanden habe. Geht es nicht vielen so? Allzu leicht wird der Rußenseiter, der Passive, der Laue von dem Siebeswerden der Derräter umgarnt und in seiner Verblendung stößt er nicht allein den Dolch in den Rücken seiner Volksgenossen, sondern, ohne daß er es merkt, in seine eigne Brust. Erst wenn es zu spät ist, wenn er kraftlos zusammenbricht, merkt er, daß er ein Opfer seiner selbst geworden ist. Die Rechtsparteien, die Intereffentenhäufen, wissen ganz gut, warum sie den Gedanken an eine Einheitspartei immer und immer wieder fallen lassen, weil sie Zerspitterung für den Wahlerfolg brauchen, zwecks Vertuschung ihrer Profitinteressen. Sie brauchen keinen äußerlichen Einheitsblock, denn bei den Abstimmungen wissen sie sich doch zu finden. Die Hauptsache ist, daß bei der Wahl die werktätigen Volksschichten, denen es der gute Ton oder sagen wir lieber der weiße Kragen und die gebügelte Hose, selbst bei knurrendem Magen, verbietet, die Partei des Proletariats zu wählen, als Dumme gefunden werden. Und wir müssen immer und immer wieder feststellen, daß es mit dem Volk der Denker doch nicht so weit her ist, denn sonst könnte doch so eine einfache Tatsache wie eine Wahl nicht solch trauriges Ergebnis zeitigen. Die letzten Wahlen waren für das gesamte deutsche Volk deprimierend und für den Proletarier mit und ohne Stehkragen waren sie eine Katastrophe. Ein Großteil des Volkes, das nicht in der Lage ist, sein eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, kann keine großen Ansprüche auf geistige Qualität machen. Diejenigen Schichten, um die es sich in erster Linie hier handelt, die Anhänger der Nationalsozialisten — meist kaufmännische Angestellte, Beamte, kleine Handwerker, Gewerbetreibende usw. — wähnen sich als gebildete Menschen. Daß es mit der Bildung im allgemeinen nicht weit her ist, dafür liefern die politischen Vertreter und die einschlägigen Zeitungen schlagende Beweise. Der einfachste, aber logisch denkende Arbeiter wird sich von seiner Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei solch eine primitive geistige Kost nicht vorsetzen lassen. Im Gegenteil, er wird stets bestrebt sein, die Vorgänge auf den politischen Bühnen genauestens zu verfolgen, er wird Kritik üben, er wird Protest erheben, wenn er sieht, daß man den Arbeitnehmer-Interessen zuwiderhandelt. Nie aber wird der im Klassenkampf geschulte Proletarier vergessen, daß, in Anbetracht der Zerspitterung der Arbeitnehmerstimmen, eine Kompromißpolitik ein unumgänglich notwendiges Uebel ist, um auch nur ein Teil der gesteckten Ziele zu erreichen.

Würde die SPD., wie die Dinge z. St. liegen, den Nationalsozialisten und Kommunisten nachzusehen, ja, liebe Leser, glaubt ihr, daß wir dann besser da stünden? Diesem Irrwahn gibt sich doch sicher kein Verbandskollege hin. Denn ehrlich müssen wir feststellen, die Erfolge in der modernen Arbeiterbewegung sind nicht so klein und häßlich, wie sie unsere Gegner darstellen; denn wäre es an dem, dann hätten wir keine Feinde. Nehmen wir deshalb auch für unsere Arbeiter das mehr oder weniger schöne Schlagwort auf „Diel Feind, viel Ehr!“ Kämpfen wir mit geistigen Waffen gegen das Feindeheer, Material haben wir genug, gerade die Nationalsozialisten haben uns ja in der letzten Zeit schon zur Genüge ihr wahres Gesicht gezeigt. Die Moskowiter leben ja auch nur von ihrer geistlosen Hege, ebenso wie die wildgewordenen Stammtischbrüder des Mittelstandes. Trotzdem, der sozialistische Staat muß kommen und er wird kommen, wenn das werktätige Volk politisch denken lernt.

Alle Mann an die Arbeit, keine Müdigkeit gezeigt, es geht um Sein oder Nichtsein, deshalb mehr Aktivität!

F. Jöppig, Frankfurt a. M.

Unsere Jugend

Um die „Arbeitsdienstpflicht“

Der Geheftwurf der Wirtschaftspartei auf staatliche Einführung der Arbeitsdienstpflicht, wie auch die Vorschläge der National-„Sozialisten“ sind ein Kind der Krise. Denn sie alle gehen vor, durch ihre Vorschläge usw. die aus der Krise geborene Erwerbslosigkeit zu mindern, wenn nicht gar zu beseitigen.

Was will nun die Arbeitsdienstpflicht? Warum taucht sie gerade in dieser Zeit auf, wo die Nachfrage nach Arbeitsplätzen ins Millionenfache gestiegen ist? Nach sehr ernst zu nehmenden Schätzungen wird die Zahl der erwerbslosen jungen Arbeiterinnen und Arbeiter mit 15 Proz. von der gesamten Erwerbslosenarmee angegeben. Das wären in Zahlen ausgedrückt etwa 600 000 bis 700 000 junge Menschen. Diese Jugendlichen sollen nach den Befürwortern der Arbeitsdienstpflicht vor den schädlichen Einwirkungen der Erwerbslosigkeit bewahrt werden. Die Jugendlichen sollen ein oder zwei Jahre kaserniert werden. Also Militärdienstpflichtersatz. Hier sollen sie (wahrscheinlich von abgetakelten Feldwebeln, Offizieren und Unteroffizieren der alten Armee) zur „freiwilligen Unterordnung gegenüber dem Wohle der Allgemeinheit, zu geregelter Arbeit und Pflichtenfüllung“ erzogen werden. Natürlich sollen sie auch körperlich ertüchtigt werden. Dies soll auch wiederum von ehemaligen Heeresangehörigen vorgenommen werden. Wir glauben, daß sich die Arbeiterjugend für diese Art Sport bedanken wird. Haben doch gerade wir von unseren Vätern und älteren Brüdern, die Kriegsteilnehmer waren, sofern sie überhaupt aus dem Dölkermorden zurückgekommen sind, genug von dieser Leuteschinderei, genannt „Sport“ gehört. Es ist ja das A und O dieser Bestrebungen, daß die männliche Jugend wieder im Geiste des preußisch-deutschen Militarismus erzogen werden soll. Die Reaktionäre aller Schattierungen haben es nie verwinden können, daß die Jugend nicht mehr militärisch zu einem kuschenden Untertan gedrillt werden kann.

Wir wollen vor allen Dingen Arbeitsmöglichkeit und nicht Arbeitsdienstpflicht. Wir sehen auch aus dieser Krise einen Ausweg. Und dieser Ausweg heißt: Beseitigung dieser planlosen Wirtschaftsordnung und Schaffung einer Ordnung, die die Produktionskräfte planvoll und zum Wohle der Gesamtheit aller Menschen anwendet. Die Aufgabe der Jugend ist es, die Vorbereitung zu dieser Umstellung zu schaffen. Die gesamte werktätige Jugend muß sich um die Ideen und Ziele des internationalen Sozialismus scharen. Es ist eine historische Aufgabe, die hier der Jugend zufällt. Das wissen auch die Gegner. Deshalb das Liebeswerben um die Jugend. Die Nazis wissen genau, daß sie ihr Drittes Reich nur auf den Schultern der Jugend aufbauen können. Wir müssen deshalb unsere Schulungs- und Werbearbeit noch aktiver fortsetzen. Je stärker die Organisationen der Jugend, je aufgeklärter ihre Köpfe, um so näher ist die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus, um so näher ist der Sozialismus. **Freiß Gleisberg, Chemnitz i. S.**

Bildungsarbeit

Abschluß der Winterbildungsarbeit der Filiale Dresden

Mit einem ausgezeichnet verlaufenen 3-Tage-Kursus schloß die Filiale Dresden des Gesamtverbandes ihr reichhaltiges Winterbildungsprogramm ab. 33 Kollegen waren, von der Berufsarbeit durch Urlaub befreit, Teilnehmer an diesem Kursus. Es wurde täglich von 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr intensiv gearbeitet. Der eingetretene Schneefall wurde zurückertrotzt. Die behandelten Themen wurden schlagwortartig zusammengefaßt mit den Worten: Mensch, Gesellschaft, Wirtschaft. Den ersten Tag bestritt der Naturwissenschaftler Dr. Bäßler. Er behandelte die Fragen: Was ist Leben? — In welcher Erscheinung tritt uns das Leben entgegen? — Vom Urtier zum Menschen. — Der Mensch als Lebewesen. — Mensch und Natur. — Dererbung und Umwelt. — Wozu leben wir? — Mit Hilfe eines zur Verfügung stehenden Mikroprojektionsapparates konnte ein Blick in die Welt der aller-kleinsten einzelligen Lebewesen getan werden. Die modernsten naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse wurden vorgetragen, so daß die Teilnehmer des Kursus unter den allerstärksten Eindrücken standen.

Den zweiten Tag bestritt Kollege Kurpat. Ihm fiel die Aufgabe zu, in das Gebiet soziologischer Fragen einzudringen. Die von ihm vorgetragenen Gedanken standen unter dem Stichwort „Die Gesellschaft“. Kollege Kurpat behandelte das Wirken des Menschen in der Natur. Die große geistige Befähigung des Menschen, die sich in seiner Beherrschung der Natur grandios offenbart, wurde dargestellt. Der denkende und vergesellschaftete Mensch war Gegenstand längerer Erörterungen. Die in der Gesellschaft festzustellenden bewegenden Kräfte wurden behandelt. Von Entwicklung und Revolution war die Rede. Waffe und Handwerkszeug, Schwert und Gedanke wurden gegenübergestellt. Die Schlüßkunde fällt die Behandlung der Frage über die Bedeutung der Arbeit und die Stellung des arbeitenden Menschen in der Gesellschaft aus. Welchen Sinn hat das Leben? — war die letzte große Frage.

Den letzten Tag bestritt der Volkswissenschaftler Genosse Dr. W. Müller. Sein Aufgabengebiet war mit dem Stichwort „Die Wirtschaft“ umgrenzt. Genosse Müller gab zunächst eine kurze Geschichte der Wirtschaftsformen, erörterte dann die Frage: „Warum wirtschaften wir?“ und wandte sich einer Analyse des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems zu. Dabei wies er auf die Wandlungen der privatkapitalistischen Wirtschaft hin. Einen großen Raum seiner Arbeit nahmen europäische Wirtschaftsfragen und Weltwirtschaftsprobleme ein. Sowjetrußland wurde behandelt und eine Skizze der kommenden Wirtschaftsformen des Sozialismus gegeben.

Die Zeit flog nur so dahin. Bald trug die Arbeitsstunde den Charakter eines Vortrages, bald wieder gestaltete sich der Unterricht zu einer Arbeitsgemeinschaft mit lebhafter Fragestellung. Mikroskopische Demonstrationen und Literaturnachweise wurden gegeben. Am Schluß des Kursus versuchte Kollege Kurpat in einem besonderen Vortrag das in den drei Tagen Verarbeitete in großen Zügen zusammenzufassen. Der Hörerrat dankte mit eindringlichen Worten der Leitung des Gesamtverbandes für die Einrichtung des Kursus. Alle Teilnehmer brachten ihre Genugtung über die gelungene Veranstaltung zum Ausdruck und gelobten, das Gesehene und Erlernete für die Bewegung einzusetzen.

Im Jahre 1929 hielt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Dresden zwei ähnliche Kurse ab, die in jedem Falle 8 Tage dauerten. Der zweite Kursus wurde in Aussicht der bevorstehenden Verschmelzung bereits von Mitgliedern des damaligen Verkehrsverbundes und des Verbandes der Gärtner mit besichtigt. Die Ergebnisse beider Kurse waren als recht gut zu bezeichnen. Wenn in diesem Jahre gewissenmaßen als Krönung der gesamten Winterbildungsarbeit nur ein dreitägiger Kursus abgehalten wurde, so geschah es unter dem Zwang der Verhältnisse. Die außerordentliche finanzielle Anspannung des Gesamtverbandes in dieser Krisenzeit gebietet sparsame Haushaltung leider auch auf dem Gebiete der Bildungsarbeit.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der Besuch beim englischen Premierminister durch den Reichskanzler Dr. Brüning und den Außenminister Dr. Curtius gab Gelegenheit auch zu Aussprachen mit anderen englischen Ministern und mit Finanzgrößen über die Reparationsfragen.

Bei Verkündung der neuen Notverordnung vom 5. Juli wurde von der Reichsregierung auch ein Aufruf erlassen, der dem deutschen Volke den Zwang zur Übernahme neuer Lasten und dem Ausland die Notwendigkeit mindestens einer Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen begreiflich machen will.

Gegen die Notverordnung haben fast alle politischen Parteien Stellung genommen. Gegenüber den verschiedenen Anträgen auf Einberufung des Reichstages soll, wie verlautet, der Reichskanzler entschlossen sein und dazu die Zustimmung des gesamten Kabinetts haben, zurückzutreten und einen neuen Aufruf zur Regierungsbildung auf keinen Fall wieder anzunehmen. Darauf scheint sich in den Mittelparteien, vor allem in der Deutschen Volkspartei, die ebenfalls die Einberufung des Reichstages beschlossen hatte, ein Umschwung in ihrer Haltung vorzubereiten. Die Zentrumsfraktion hat in ihrer Sitzung vom 14. Juni die Haltung Brünings unterstützt und die Einberufung des Reichstages abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß Vertagung ihrer Entscheidung bis zum Dienstag, um das Ergebnis aufgenommener Verhandlungen mit der Reichsregierung abzuwarten.

Das ungarische Abgeordnetenhaus wurde überraschend aufgelöst; Neuwahlen sind äußerst kurzfristig anberaumt.

Der 4. Bauarbeiter-Schutz-Kongress, besetzt von nahezu 400 Delegierten, tagte im Reichstagsgebäude und forderte in Entschlossenheit ausreichende Ueberwachung und bessere Arbeiterfürsorge auf den Baustellen.

Der Genossenschaftstag Deutscher Konsumvereine tagte in Magdeburg und brachte eine völlige Geschlossenheit in der Stellungnahme zu den derzeitigen Problemen zum Ausdruck.

Ein neues Bergarbeiterunglück, veranlaßt durch einen Kohlenäureausbruch, ereignete sich wieder bei Neurode in Schlesien. 7 Tote und mehrere Verletzte waren die Opfer.

Der Brand des Glaspalastes in München vernichtete Kunstwerke der Malerei von unersetzbarem Wert.

Dreibiertel Milliarden Devisenverluste verzeichnet die Reichsbank seit dem 1. Juni, was im wesentlichen auf Kündigung von Auslandsgeldern zurückzuführen ist, verursacht durch die innerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Aus unserer Bewegung

Danzig. In der Delegiertenversammlung am 31. Mai übte der Benommene Kollege Werner, Kritik an der Ermächtigungsdiktatur des Nazi-Ziehm-Senats. Ungeheure Lasten sind auf die Schultern des arbeitenden Volkes gewälzt; genannt seien nur Erhöhung der Wohnungsmieten und der Umsatzsteuer, die Herabsetzung des steuerfreien Einkommens. Einführung einer Mindeststeuer. Die Befastigung der Staats- und Gemeindegewerkschaften mit einer besonderen „Festbesoldetensteuer“ zeigt ebenso deutlich den arbeiterfeindlichen Kurs der jetzigen Machthaber, wie die Verschlechterung des Erwerbslosengesetzes. Die Gewährung der Industriearbeiterunterstützung in den Landgemeinden wurde beseitigt, für ganze Berufsgruppen der Bezug der Erwerbslosenunterstützung zeitweilig gesperrt, mehr als 4000 Erwerbslose ganz aus der Erwerbslosenfürsorge hinausgeworfen. Durch die Einführung der Pflichtarbeit ist einer schamlosen Ausbeutung der Erwerbslosen Tür und Tor geöffnet. Die einseitige Festsetzung von Notstandsarbeiterlöhnen ist ein Gewaltakt zur Zerschlagung des Tarifvertrages der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die organisierte Arbeiterschaft wird sich gegen diese rigorosen Maßnahmen ganz entschieden zur Wehr setzen. Dieser ungeheure Druck des Ziehm-Senats scheint aber doch die bisher Gleichgültigen und Launen aufzurütteln. Trotz daniederliegender Konjunktur konnte der Gesamt-Verband 374 neue Mitglieder gewinnen und 51 Mitglieder aus den christlichen Gewerkschaften herüberziehen. Die Mitgliederzahl beträgt am Schluß des Quartals 8182. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 104 493,06 Gulden. Der Ortskassenbestand beträgt 21 922,58 Gulden. Auf dem Konto des örtlichen Streikfonds sind 27 086,86 Gulden vorhanden. Insgesamt wurden 84 256 Beiträge umgesetzt, wovon 13 586 Arbeitslosenmarken waren. Der Durchschnittsbeitrag betrug 1,12 Gulden, auf das einzelne Mitglied entfielen im Quartalsdurchschnitt 10,5 Beiträge. An Unterstützungen aller Art sind 45 683,31 Gulden gezahlt worden. Der gedruckte vorliegende Kassenbericht wurde vom Kassierer Babel näher erläutert. Den Bericht über die Bildungsarbeit der Organisation erstattete Eduard Schmidt. Von den Sachbearbeitern wurden noch Berichte über die Situation in den einzelnen Fachgruppen gegeben.

Ostereide (Ostpr.). Am 7. Juni beging die hiesige Ortsverwaltung unseres Verbandes die feierliche Einweihung eines Banners. Unter den anwesenden Gästen bemerkte man auch Landrat Menger, Stadtrat Bendig und Bauinspektor Homper. Kollege Pfigner eröffnete die Feier und gab auch ein Glückwunschtelegramm der Ortsverwaltung Danzig bekannt. Kollege Kahla stellte in seiner Weiherede in den Vordergrund die Solidarität in der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere in unserem Gesamt-Verband, die allein die Erreichung der gesteckten Ziele ermöglicht, trotz Not und Arbeitslosigkeit. Als Vertreter der Behörden dankten Landrat Menger und Stadtrat Bendig für die Einladung. Im Anschluß an die Feier erfolgte ein Umzug durch die Stadt.

RUNDSCHAU

Wann, sehen wir recht? Eines der rücksichtslosesten Unternehmerorgane ist die „Deutsche Bergwerkszeitung“. Sie vertritt die Interessen der deutschen Schwerindustrie und bekämpft die Forderungen der Gewerkschaften ganz energisch. In Nr. 105 dieses Blattes finden wir einen Artikel des Professors Doppelreuter, den die Redaktion allerdings mit einer abschwächenden Bemerkung einleitet. Trotzdem druckte sie ihn ab, obwohl folgende ganz vernünftige Forderungen in ihm enthalten sind:

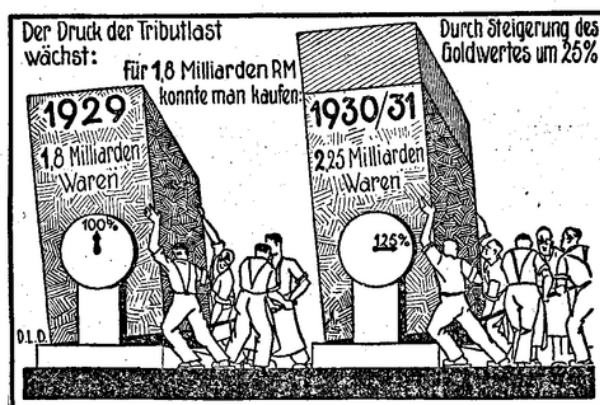
„Man muß sich klarmachen, daß, dekretiert man eine Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, dies einen Schematismus bedeutet. Warum nicht zur Diskussion gesetzlich zu bestimmen: Von einem bestimmten Termin ab, etwa vom 1. Juni, wird die gesetzliche Arbeitszeit in Deutschland allmählich herabgesetzt, und zwar innerhalb sechs Monaten von 48 auf 40 Stunden, d. h. die Arbeitszeit wird jede Woche um 20 Minuten herabgesetzt und so ganz allmählich die 40stündige Arbeitswoche erreicht! ... Findet sich im Gefolge einer allmählichen Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit, etwa in einem Zeitpunkt von 48 auf 46 Stunden, eine negative Wirkung, so wird man die weitere Verkürzung bremsen. Findet sich dann aber eine positive Wirkung, dann wird man auf dem Wege einer Verkürzung weiter vorwärtsschreiten können. Unter Umständen wird man dazu übergehen können, schon im

zweiten Monat nach der allmählichen Verkürzung der Arbeitszeit die weitere Verkürzung so zu gestalten, daß sie statt in sechs Monaten etwa in nur drei Monaten von 48 auf 40 Stunden durchgeführt wird. Ich glaube, daß eine festgesetzte, kontinuierliche und allmähliche Verminderung der Arbeitszeit die wirtschaftlichen Zustände allmählich zu bessern geeignet ist.“

Diese Äußerungen könnten ebenso gut in einem Arbeiterblatt stehen. Wenn auch die „Bergwerkszeitung“ sich mit dem Gedanken des Verfassers nicht restlos einverstanden erklärt, so muß man sich doch darüber wundern, daß solche Gedankengänge ausgerechnet in diesem Scharfmacherblatt abgedruckt werden. In den Forderungen des Herrn Prof. Doppelreuter steckt zweifellos ein guter Kern. Wir glauben, die Gewerkschaften sind damit einverstanden, daß die Arbeitszeit innerhalb von drei oder sechs Monaten auf 40 Stunden herabgesetzt wird.

Einnahmen und Vermögensbestand der „Volksfürsorge“ im Vorjahre. Nach vorläufig bekanntgewordenen Zahlen hat das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen im Vorjahre an Prämien und Kapitalerträgen rund 59 Millionen Mark vereinnahmt, trotzdem die allgemeine Wirtschaftslage auch auf die Volksfürsorge nicht ohne Einfluß geblieben ist. Der Vermögensbestand betrug am 31. Dezember 1930 rund 131,9 Millionen Mark. Er verteilt sich wie folgt: Grundbesitz 4,3 Millionen Mark, Hypotheken 79,7 Millionen Mark, Kommunalanleihen und Wertpapiere 42,3 Millionen Mark, Bankguthaben 5,6 Millionen Mark. Der größte Teil der Hypotheken und Kommunalanleihen wurde in Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Genossenschaften und zur Förderung der gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Selbsthilfe angelegt. Beide Positionen umfassen mit 122 Millionen Mark fast 90 Proz. der gesamten Kapitalanlage. Aus diesen Zahlen geht die große Bedeutung der Volksfürsorge für die Kapitalbeschaffung deutlich hervor.

Die Erhöhung der Youngplanrate durch die Warenpreissteigerung. Der Youngplan ist am 1. September d. J. erst zwei Jahre in Kraft. Trotzdem muß Deutschland heute schon wieder die Revision und Berichtigung des Planes in einigen Punkten fordern. Vor allem deshalb, weil seit der Festsetzung der Young-



planraten die Warenpreise laut internationalen Schätzungen um 20 Proz. gesunken sind. Wenn die Sachverständigen im Jahre 1929 wollten, daß Deutschland im Jahre 1931 1,8 Milliarden Mark in Gold an Reparationen bezahlte, so glaubten sie, daß Deutschland die dieser Summe im Jahre 1929 entsprechende Warenmenge auf dem Weltmarkt werde absetzen können. Heute muß aber Deutschland eine um 1/2 größere Warenmenge herstellen und verkaufen, um dieselbe Geldsumme zu erhalten. Das lag nicht in der Absicht der Sachverständigen und aus diesem Grunde muß vor allem in dieser Beziehung eine Revision des Youngplans gefordert werden.

Ein neues Fremdenheim in Dresden. Im Dresdener Volkshaus fehlte es bis jetzt an einer billigen und guten Uebernachtung für die wandernden Gewerkschaftskollegen. Dieser Uebelstand ist durch Ausbau des Grundstückes Maxstraße 13 beseitigt worden. Ein Fremdenheim mit 60 Betten ist neu entstanden. Die elfenbeinfarbenen Bettstellen mit ihren weißen Bezügen und die Schränke, Tische und Stühle in dunkler Eiche mit gut abgetimmten Fenstervorhängen und Wandanstrichen geben den Zimmern eine Behaglichkeit, wie sie selten angetroffen wird. Brausebäder und Wascheinrichtungen stehen zur Verfügung, ebenso ein Desinfektionsapparat. Auf Schlaffläche wurde verzichtet. Zwei bis fünf Betten stehen in den einzelnen Zimmern. Bettpreis von 1,50 Mk. an pro Nacht. Die Einrichtung steht auch Ferienreisenden usw. zur Verfügung.